



# Pressemitteilung

Flächenschutz  
PM 133-10  
Nürnberg, 27.12.10

**Geplante PWC-Anlage im Reichswald bei Moosbach, Lkr. Nürnberger Land**

## **"Hier wird Sand in die Augen gestreut"**

Die vor wenigen Wochen in der Presse veröffentlichten Aussagen der Autobahndirektion Nordbayern, man wolle prüfen, ob die geplante PWC-Anlage nicht doch verschoben werden könnte, halten einer Überprüfung nicht stand. BürgerInnen aus Moosbach hatten über den möglichen Erfolg bereits gejubelt.

Weder haben sich bei der Autobahndirektion jedoch die Kriterien zur Platzierung der Anlage geändert, noch gibt es derzeit ernsthafte Umpfanungen. Stattdessen gehen die Planungen am bisherigen Standort bei Moosbach weiter.

Auch eine von MdB Martin Burkert, SPD, in Aussicht gestellte "Verschiebung" um ca. 2,5 km nach Westen scheint nicht möglich. Eine Verschiebung nach Westen um mehr als 1,5 Kilometer läge zu nahe am Autobahnkreuz Nürnberg-Ost, wo ein Parkplatz aus Sicherheitsgründen nicht genehmigungsfähig wäre. Auch eine moderate Verschiebung nach Westen wäre rechtlich schwer durchzusetzen, weil die Planungsunterlagen zur PWC-Anlage selbst davon sprechen, dass dies naturschutzfachlich noch problematischer wäre.

"Hier wird den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in den letzten Monaten engagiert für ihre Heimat und den Bannwald eingesetzt haben, offenbar Reichswaldsand in die Augen gestreut. Wir müssen gemeinsam wachsam bleiben. Jede kleine Verschiebung heißt Bann-

**waldrodung. Die Planung der PWC-Anlage bei Moosbach muss vom Tisch", so Richard Mergner, Landesbeauftragter des Bundes Naturschutz. "Wir fordern eine andere Verkehrspolitik. Die Güter müssen auf die Bahn. Wir dürfen nicht noch mehr Geld in das falsche, Energie verschleudernde und klimaschädliche System LKW-Verkehr stecken. Für die Übergangszeit sollten die gesperrten Autobahnparkplätze östlich des Autobahnkreuzes Altdorf wieder geöffnet und notdürftig ertüchtigt werden. Immerhin sind dort in letzter Zeit ca. 50 LKW-Stellplätze gesperrt worden."**

**"Sollte es stimmen, dass LKW-Fahrer die Autohöfe meiden, weil sie dort einen Verzehrbon kaufen und wenige Euro Parkgebühr bezahlen müssen, wäre die Einführung der Parkgebühr auf den öffentlichen Rastanlagen und Parkplätzen überfällig. Es geht nicht an, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den LKW-Verkehr massiv subventionieren und dann auch noch mit der Rodung ihres Erholungswaldes bestraft werden", so Mergner.**

gez.

Tom Konopka, Regionalreferent für Mittelfranken

Tel. 0911/81 87 8-14, Fax 0911/86 95 68

Mail [tom.konopka\(at\)bund-naturschutz.de](mailto:tom.konopka(at)bund-naturschutz.de)